



Presseschau vom 15.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zur Ukraine-Krise: Scholz in Moskau / Waffenlieferungen / Biden reist nicht nach Kiew

Die Vorwürfe des Westens gegenüber Russland reißen nicht ab. Die US-Regierung warnt seit Wochen vor einer "russischen Invasion" der Ukraine. Moskau dementiert die Vorwürfe. Bisherige diplomatische Bemühungen blieben erfolglos. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9>

Rüdiger Rauls: Russland hat die Nase vorn

Die Telefondränge laufen heiß zwischen den NATO-Vertretern und Russland. Jeder redet mit, aber nichts wird klarer. Das Karussell der Verhandlungen und Treffen dreht sich immer schneller, Entspannung ist bisher jedoch nicht in Sicht. ...

<https://kurz.rt.com/2tgi>

Gert-Ewen Ungar: Krisendiplomatie – Ukraine, Russland, Europa

Die Ereignisse überschlagen sich. Die Interessenlage der Akteure ist unterschiedlich. Bisher konnte man sich noch nicht einmal einigen, worin die Krise genau besteht. Bei aller Unübersichtlichkeit gibt es aber auch die Chance, dass Europa zu sich selbst aufwacht. ...

<https://kurz.rt.com/2tj4>

snanews.de: Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz in Moskau im Live-Ticker

Am 15. Februar ist Bundeskanzler Olaf Scholz zu seinem Antrittsbesuch nach Moskau gekommen. Im Kreml trifft er Russlands Präsident, Wladimir Putin, erstmals zu einem langen Vier-Augen-Gespräch, für das mehrere Stunden angesetzt sind. Bei dem Gespräch soll es vor allem um die Ukraine-Krise gehen. Alle Entwicklungen zum Thema – im SNA-Ticker. ...

<https://snanews.de/20220215/besuch-von-bundeskanzler-olaf-scholz-in-moskau-im-live-ticker-5365211.html>

snanews.de: Atomkraft könnte Schlüssel zu günstiger CO2-neutraler Energie sein – Studie

Nicht nur die Internationale Energieagentur (IEA) betont seit längerem die Rolle der Atomkraft für CO2-neutrale Stromnetze. Eine neue Studie, die in „Nature Energy“ veröffentlicht wurde, kommt zum selben Ergebnis. Der Umfang nötiger Energie aus der Kernspaltung hängt jedoch stark davon ab, welche klimatischen Bedingungen in einem Land herrschen. ...

<https://snanews.de/20220215/atomkraft-co2-neutraler-energie-5371015.html>

abends/nachts:

de.rt.com: Meldungen von der ukrainischen "Heimatfront": Faschistisches Asow-Bataillon bildet Zivilisten aus

Seit Wochen kursieren Berichte über das militärische Training von ukrainischen Zivilisten – wegen der angeblich drohenden russischen Invasion. Nun bestätigt ein tschechischer Bericht, dass faschistische Verbände an der militärischen Ausbildung der Zivilbevölkerung beteiligt sind.

Seit Wochen nehmen ukrainische Zivilisten in ihrer Freizeit an militärischen Trainings teil, um – wie sie meinen – Russland abzuschrecken und für den Ernstfall vorbereitet zu sein. Darüber gab es in der westlichen Presse schon etliche Berichte (etwa [hier](#), [hier](#) und [hier](#)), die in den meisten Fällen die ohnehin schon vorhandene Panik nach Kräften geschürt haben.

Tschechische Reportage

Nun ist in Tschechien eine Foto-Reportage erschienen. Diese dokumentiert, dass an der militärischen Ausbildung der Zivilisten nicht nur Armee-Angehörige, sondern auch Mitglieder der früher irregulären nationalistischen und faschistischen Freiwilligenverbände der Ukraine beteiligt sind. Der Bericht auf dem Portal iROZHLAS, der immerhin von einem Korrespondenten der tschechischen Nachrichtenagentur ČTK stammt, [zeigt](#) beispielsweise eine 79-jährige Dame, die von einem faschistischen Ausbilder trainiert wird.

Die Zugehörigkeit des Paramilitärs zu der faschistischen Formation des Regiments Asow ist in der Fotostrecke gut an dem Abzeichen erkennbar, das er auf dem Ärmel trägt. Nicht nur der Schriftzug "Asow" ist sichtbar, sondern auch die sogenannte "Wolfsangel", die der Verband von einer Division der Waffen-SS übernommen hat.

Aber nicht nur in den Bildern wird die Beteiligung faschistischer Verbände festgehalten. Auch in dem Begleittext zu der Fotostrecke wird das Regiment Asow wie selbstverständlich erwähnt – und auf jegliche historische oder politische Einordnung verzichtet.

So schreibt der tschechische Reporter mit offenkundiger Sympathie über das paramilitärische Training, das viele Ukrainer in den letzten Wochen durchlaufen haben. Anerkennend wird berichtet, dass die Kampfausbildung den Zivilisten Grundkenntnisse in den Bereichen Zivilschutz, Evakuierung und sogenannter "Heimatverteidigung" vermitteln würde. Tausende von Ukrainern verbrachten damit ihre Wochenenden in den Großstädten.

Regiment Asow in Mariupol

Sehr freimütig berichtet die tschechische Publikation, dass konkret in der Hafenstadt

Mariupol im Südosten der Ukraine das Regiment Asow eine erste Übung abgehalten hat. Dabei hätten auch Frauen und ältere Menschen den Umgang mit Waffen gelernt. Die Ausbildung habe außerdem ein Erste-Hilfe-Training und eine Einweisung in den Umgang mit verschiedenen Arten von Sprengstoffen umfasst.

Der tschechische Korrespondent fährt im Stil von Frontberichterstattem fort:

"In Mariupol ist seit dem Morgen das Klicken von Gewehrläufen zu hören. Valentina Konstantinovna, die neunundsiebzig Jahre alt ist, hatte ihr eigenes. Sie ist sehr aktiv. Sie kam hierher, um zu lernen, wie sie ihr Land verteidigen kann. Sie nimmt es sehr persönlich."

Und er lässt die alte Dame zu Wort kommen:

"Ich habe diese Ausbildung durchlaufen, aber ich werde wahrscheinlich kein guter Soldat sein, denn mein Körper ist nicht mehr so gut. Und die Waffe ist zu schwer für mich", erzählt sie einem Reporter von Radiožurnál.

Schließlich heißt es voller Verständnis, dass sie und ihre gleichaltrigen Freunde einen anderen Weg gefunden hätten, um "ihrem Land zu dienen". Sie würden nun Tarnnetze für ukrainische Soldaten nähen – für die ukrainische Nationalgarde, deren Teil das faschistische Regiment Asow seit Herbst 2014 ist, und für die Armee.

Westliches Ukraine-Bild infrage gestellt

Der US-amerikanische Journalist [Mark Ames](#) kommentierte die tschechische Reportage mit sarkastischen Worten:

"Erstaunlich. Tschechische Medien berichten, dass Oma Valentynas Fototermin vom neonazistischen Asow-Bataillon organisiert wurde. Das bedeutet, dass ein echtes Nazi-Propagandainstrument der Liebling der angloamerikanischen Medieneliten ist. Wahrlich das Gesicht des ukrainischen Widerstands."

Und er fügte hinzu, dass der tschechische Bericht im Wesentlichen auch von der Irish Times bestätigt wurde:

"Die Bildunterschrift der Irish Times – 'organisiert von einer Einheit der ukrainischen Nationalgarde in Mariupol' – bestätigt im Wesentlichen die tschechische Berichterstattung."

"Nun ist es bestätigt: Der Mann vom Asow-Bataillon und sein Nazi-Wolfsangel-Symbol überwachen Baba Valentyna. Die US-Fernsehmedien, die dies in unsere Häuser beamen, halten natürlich diszipliniertes Schweigen – die Nazi-Insignien sind in Ordnung, man darf sie nur nicht laut erwähnen."

Die von Mark Ames auf Twitter verlinkten Clips des Bandera Lobby Blogs bestätigen ebenfalls die tschechische Reportage.

Immerhin kann man im Westen jetzt nicht mehr behaupten, man habe in der aktuellen Spannungssituation nicht ahnen können, welche Formationen auf ukrainischer Seite kämpfen. Schon während des Putsches in der Ukraine 2013/14 wurden von der westlichen Politik und den Medien zahlreiche Berichte über die massive Beteiligung ultranationalistischer und faschistischer Verbände am gewaltsamen Umsturz nach Kräften kleingeredet oder gänzlich ignoriert.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620a963d48fbef4f11027934.jpg>

de.rt.com: **Oberhaupt der Volksrepublik Donezk: Westliche Prognosen über russische Invasion sind bloße Hysterie**

Der Chef der Volksrepublik Donezk Denis Puschilin erwartet statt einer russischen Invasion eher Provokationen, die auf Befehl Kiews erfolgen könnten. Die ganze Situation, in der die US-Seite von einem russischen Einmarsch ausgeht, bezeichnete er als lächerlich.

Das Oberhaupt der infolge des Staatsstreiches im Jahr 2014 in der Ukraine proklamierten Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, gab am Samstag dem Sender RT ein Interview. Darin bezeichnete er die jüngsten Prognosen westlicher Medien und Politiker über eine angeblich unmittelbar bevorstehende russische Invasion der Ukraine als "Hysterie".

Puschilin empfinde die ganze Situation, in der die US-Regierung Derartiges behaupte, während die ukrainische Regierung konträr dazu handele, als "ziemlich lächerlich". Während die US-Regierung unentwegt warnt, dass eine russische Invasion in der Ukraine unmittelbar bevorstehen könnte, erklären ukrainische Behörden, darunter der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij, dass sie diesbezüglich über keine Informationen oder Hinweise verfügten.

Jüngst hatten führende Zeitungen der westlichen Welt mit Berufung auf Informationen des US-amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA sogar das Datum des russischen Angriffs vorausgesagt. Demnach werde die russische Invasion am Mittwoch, den 16. Februar beginnen. Mehrere Staaten rieten ihren Bürgern daher, die Ukraine zu verlassen, darunter die USA, Deutschland, Großbritannien, Australien, Neuseeland, die Niederlande, Japan, Dänemark, Estland und Litauen.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, ließ es sich nicht nehmen, auf die panischen Meldungen zu reagieren:

"Haben Sie so etwas schon einmal gesehen? Die USA behaupten seit zwei Monaten, die Ukraine stehe vor einem Angriff Russlands. Der ukrainische Präsident und der ukrainische Sicherheitsblock sagen seit zwei Monaten, dass sie keine derartigen Informationen haben, und bitten nun diejenigen, die sich dafür interessieren, um Auskunft. Außer Bloomberg, dem Spiegel und ungenannten US-Quellen verfügt niemand über derartige Informationen. Aber offenbar werden die Maidan-Macher nicht ruhen, bis die Ukraine vollständig zusammengebrochen ist. Seit zwei Monaten verhöhnen sie den gesunden Menschenverstand und das ukrainische Volk und betreiben eine globale Provokationskampagne."

Puschilin erklärte, dass man sich natürlich bestmöglich vorbereite. In dem von ihm verwalteten Gebiet befürchte man nämlich statt einer russischen Invasion eher Provokationen, die auf Kiews Befehl erfolgen. Er schloss auch nicht aus, dass man im Notfall Russlands Hilfe anfordern werde. Dazu erklärte er:

"In erster Linie verlassen wir uns auf unsere eigenen Kräfte, und deshalb haben wir unsere Übungen in letzter Zeit intensiviert. [...] Dazu gehört auch eine ganze Reihe von Aktivitäten im Zusammenhang mit der Evakuierung bestimmter Gebiete entlang der Kontaktlinie, in denen es für die Zivilbevölkerung extrem gefährlich wäre, sich aufzuhalten. Dazu gehören auch die Arbeit der Rettungsdienste während eines bestimmten Zeitraums und eine Reihe anderer Maßnahmen, die es uns erlauben zu sagen, dass wir generell auf eine mögliche ukrainische Offensive vorbereitet sind.

Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass angesichts der Anzahl der Waffen und Söldner, die sich in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten der Region Donbass aufhalten, die Situation für uns sehr schwierig werden könnte. Und natürlich werden wir je nach Lage der Dinge reagieren. Wir schließen jedoch nicht aus, die Russische Föderation um Hilfe zu bitten."

US-kritische Analysten glauben hingegen, dass die US-Behörden derzeit bewusst eine Gefahr heraufbeschwören würden, um die EU-Partner davon zu überzeugen, das mit Russland zu betreibende Gaspipeline-Projekt "Nord Stream 2" auf Eis zu legen. Seit Jahren sprechen sich sämtliche US-Regierungen vehement gegen die Ostsee-Pipeline aus, da diese angeblich die EU von Russland abhängig machen werde. Darüber hinaus seien die Vereinigten Staaten bestrebt, den Verkauf ihres Fracking-Gases in der EU voranzutreiben. Selbst hochrangige Analysten aus US-Kreisen machen keinen Hehl daraus, dass es den US-Interessen zuwiderlaufe, wenn die EU eine starke und gute Partnerschaft mit Russland pflege.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620aba04b480cc09cd0bf4b7.jpg>

de.rt.com: US-Regierung gibt afghanisches Vermögen frei: Die Hälfte geht an "Terroropfer" in den USA

Joe Biden will afghanisches Vermögen freigeben. Doch es geht nicht an die Regierung in Kabul: Eine Hälfte sollen Opfer vom 11. September erhalten, die andere in humanitäre Hilfe für Afghanistan fließen. Afghanistans Zentralbank fordert die Freigabe aller Devisenreserven. Sieben Milliarden US-Dollar der früheren afghanischen Regierung liegen eingefroren bei der US-Notenbank in New York, seit die Taliban die Macht in Afghanistan übernommen haben. Nun erklärte US-Präsident Joe Biden nach einer präsidentialen Anordnung, dass die USA das eingefrorene Geld freigeben wollen. Während die eine Hälfte des Geldes der notleidenden afghanischen Bevölkerung zugutekommen soll, wird die andere Hälfte für Angehörige von Opfern der Terroranschläge vom 11. September 2001 zurückgehalten, wie das Weiße Haus am Freitag mitteilte.

Die Beschlagnahmung von Vermögen eines anderen Staates ist ein ungewöhnlicher Schritt. Dass die USA nun die Hälfte dieses Geld ganz offiziell überhaupt nicht den Afghanen zurückzahlen wollen, ist aber ein äußerst seltsames Phänomen.

Wie das Weiße Haus mitteilte, sollen mehr als 3,5 Milliarden Dollar des eingefrorenen Zentralbankgeldes in den USA bleiben und für "Terroropfer" in den USA reserviert werden, die vor Gericht Schadenersatz fordern. Die zweite Hälfte des freigegebenen Geldes soll direkt die afghanische Bevölkerung erreichen und nicht in die Hände der Taliban geraten. Es bleibt allerdings unklar, wie die Verteilung der Mittel ohne Unterstützung der Regierung in Kabul möglich ist.

Die afghanische Zentralbank verurteilte die Entscheidung der US-Regierung zur Aufteilung des afghanischen Vermögens. Die Zentralbank betrachtet die jüngste Entscheidung der USA, Devisenreserven zu blockieren und sie anderen Zwecken zuzuweisen, als "Ungerechtigkeit" gegenüber der Bevölkerung Afghanistans. Kabul werde niemals akzeptieren, wenn die Devisenreserven Afghanistans unter dem Namen "Entschädigung oder humanitäre Hilfe" an andere gezahlt werden. Die afghanische Zentralbank fordert von USA die Aufhebung der Entscheidung und die Freigabe aller Devisenreserven Afghanistans.

Scott Worden vom US Institute of Peace meinte, dass der Schritt der US-Regierung problematisch sei: "Wenn die Biden-Regierung die Taliban anerkennt, dann gehören die Mittel den Taliban und Gerichte könnten dieses Geld zusprechen."

Der ehemalige afghanische Präsident Hamid Karzai bezeichnete die Anordnung des Weißen Hauses zur Freigabe der Hälfte afghanischer Vermögenswerte für Familien von 9/11-Opfern als "Gräueltat gegen das afghanische Volk". "Den Menschen in Afghanistan Geld vorzuenthalten oder Geld in ihrem Namen zu beschlagnahmen, ist ungerecht und unfair und eine Gräueltat gegen das afghanische Volk."

Die Lage in dem zentralasiatischen Land verschärft sich insbesondere in letzter Zeit dadurch, dass der Westen nicht bereit ist, die gesperrten Konten des afghanischen Staates freizugeben. Seit der Machtübernahme der Taliban leidet Afghanistan deswegen unter einer schweren Wirtschaftskrise. Afghanistans Nachbarn und Länder in Europa befürchten zudem, dass eine wirtschaftliche Implosion Millionen verzweifelter Afghanen über die Landesgrenzen hinweg treiben könnte.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620a6ed5b480cc40c46cbad8.jpg>

vormittags:

de.rt.com: **Presse zu Scholz: Waffen! Kein Nord Stream 2!**

In der deutschen Medienlandschaft ist man mit Olaf Scholz nicht zufrieden. Nicht, weil Deutschland im Ukraine-Konflikt zu sehr Partei ergreift. Nein, weil es noch zu wenig Partei ergreift. Es scheint, als wäre Frieden den Berichterstattern ein Graus.

Weil Deutschland der Ukraine keine Waffen liefert, kann es Bundeskanzler Olaf Scholz der deutschen Presse nicht recht machen. Selbst wenn er sich eindeutig auf die Seite Kiews stellt. Besonders extrem ist dabei die [Position](#) des Focus:

"Die Grafiken, die die aktuelle Lage der Ukraine zeigen, ähneln der Situation eines Tierpflegers, der sich in den Löwenkäfig verirrt hat. Um ihn herum sitzen drei hungrige Löwen mit aufgerissenem Maul. Der arme Mann ruft verzweifelt um Hilfe und Deutschland hat ihm einen Helm geschickt. Auf die Löwen zu schießen, käme Deutschland nicht in den Sinn. Der Tierschutz."

Natürlich weiß das Blatt auch ganz genau, wie sich die Lage um die Ukraine entwickelt: "Scholz ist vielleicht der letzte westliche Regierungschef, der Putin trifft, bevor der losballert."

Die Deutsche Welle, der berühmte immer beide Seiten darstellende deutsche Staatsfunk, [erklärt](#) gleich:

"Wegen der Weigerung der Deutschen, Waffen zu liefern, hat das Ansehen Deutschlands in der Ukraine in den letzten Wochen stark gelitten. Es ist der [Eindruck](#) entstanden, dass Berlin ein unsicherer Verbündeter sei."

Auch die [Süddeutsche](#) kann spätestens seit 2014 nicht als neutral bezeichnet werden. Sie rügt Selenskij, der ihr nicht kriegerisch genug auftrat:

"Wir teilen die Sichtweise, dass der Truppenaufmarsch eine beispiellose Herausforderung ist", sagt Selenskij in der anschließenden Pressekonferenz. Das klingt seltsam distanziert. Müsste der Präsident nicht wenig später die Frage beantworten, was er von 30 Charterflügen halte, mit denen sich reiche und prominente Ukrainer angeblich westwärts geflüchtet haben, könnte man an eine ferne Krise denken."

Allerdings ist die Zeitung doch zu vornehm, um offen nach Waffen für die Ukraine zu schreien:

"Auf den von Selenskij erneut vorgebrachten Wunsch nach Waffen reagiert Scholz ablehnend."

Wo die alte Dame insgesamt steht, hat sie schon einige Absätze darüber erkennen lassen. In einer sehr mythologisierenden Erzählung der Vorgeschichte seit 2013 heißt es:

"Massenhaft waren Ukrainer auf die Straßen gegangen, weil sie sich dem Willen Wladimir Putins nicht hatten beugen und sich die Annäherung an die Europäische Union nicht hatten verbieten lassen wollen. Putins Antwort war die Annexion der Krim und der Krieg im Osten der Ukraine. Acht Jahre danach zeugen 130 000 russische Soldaten an den Grenzen der Ukraine davon, dass der Kremlchef die Sache wohl zu Ende bringen will."

Jeder Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine seither belegt, dass der damalige ukrainische Präsident Janukowitsch recht hatte, als er in den wirtschaftlichen Folgen des EU-Assoziierungsvertrages ein Problem sah und daher nachverhandeln wollte. Die SZ macht daraus eine Kindergeschichte mit dem großen bösen Wolf oder Bären.

Auch die FAZ wird zwischendrin ganz emotional:

"Er hat die Aufforderung im Ohr, die der gerade wiedergewählte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier an den russischen Präsidenten Wladimir Putin richtete: 'Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine.' Steinmeier hat in seiner Zeit als Außenminister nach 2014 der Ukraine und ihrem schwelenden Konflikt mit Russland viel Kraft und Zeit gewidmet, als Bundespräsident reiste er später noch mehrfach dorthin."

Der gute Steinmeier war höchstpersönlich daran beteiligt, der Ukraine eine Schlinge umzulegen. Mit seiner Doppelzüngigkeit und seiner Weigerung, sich für die Minsker Abkommen tatsächlich einzusetzen. Er hätte es in der Hand gehabt, vieles zu verhindern. Aber für die FAZ ist nicht die gegen Russland aggressive Politik des einstigen Außenministers Steinmeier ein Problem, sondern die Tatsache, dass es in der SPD nach wie vor einige russlandfreundlichere Stimmen zu geben scheint. Die Aussagen des Fraktionschefs Rolf Mützenich, der "Verständnis für Russlands berechnete Sicherheitsinteressen" äußerte, werden als Belastung für Scholz beschrieben.

Enttäuscht ist die Journaille auch darüber, dass Scholz das entscheidende N-Wort nicht in dem Mund nimmt. So die Zeit:

"Was die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 im Fall einer russischen Invasion betrifft, vollbringt Scholz das Kunststück, seine Sprache anzuschärfen, ohne das Tabuwort auszusprechen."

Die [Welt](#) äußert das gleiche Missfallen:

"Scholz steuert ganz am Schluss seines Eingangsstatements darauf zu. Fast scheint es, als wolle er doch aussprechen, was die Verbündeten seit Wochen von ihm erwarten und die Medien immer wieder von ihm hören wollen: die Absage an Nord Stream 2."

"Doch Scholz spricht es immer noch nicht aus: 'Wenn Russland die territoriale Integrität der Ukraine noch einmal verletzt, wissen wir, was zu tun ist.'"

Aber er weist das Ansinnen, für die Ukraine die deutsche Wirtschaft zu ruinieren, auch nicht entschieden zurück. Was für diese Medien eine gute, für die Bewohner dieses Landes aber eine schlechte Nachricht ist.

Minsk II haben die Schreiber dieser Blätter natürlich noch immer nicht gelesen. Denn dass Selenskij zusagt, eine Anerkennung der Donbasrepubliken als unabhängige Regionen innerhalb der Ukraine vorzubereiten, ist mitnichten ein Pfund, mit dem Scholz morgen in Moskau wuchern könnte. Denn erstens ist das in den vergangenen Jahren schon die dritte derartige Zusage eines ukrainischen Präsidenten, also nicht notwendigerweise glaubwürdig, und zweitens erfordert der Text der Minsker Vereinbarungen, dass eine solche Verfassungsänderung mit den Vertretern von Donezk und Lugansk abzustimmen ist. Dafür bräuchte es aber genau jenen unmittelbaren Dialog, den auch die Regierung Selenskij nach wie vor ablehnt.

Zusammengestellt und kommentiert von Dagmar Henn



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620adc91b480cc0b817e6d58.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 14. Februar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: Kreditgarantie in Milliardenhöhe: USA sichern Kiew weitere Finanzspritze zu

Laut US-Außenminister Blinken wird Washington für die Regierung in Kiew mit einer Milliarde Dollar bürgen, damit die Ukraine weiter Kredite aufnehmen kann. Die USA haben das Land bereits mit Kreditgarantien unterstützt. Auch Deutschland hat sich kürzlich Kiew gegenüber mit einem dreistelligen Millionenbetrag verpflichtet.

Man habe Kiew eine staatliche Kreditgarantie von bis zu einer Milliarde US-Dollar (rund 884 Millionen Euro) angeboten, teilte US-Außenminister Antony Blinken am Montagabend (Ortszeit) mit: „Wir arbeiten eng mit den Alliierten zusammen, um für die Ukraine eine

robuste internationale Unterstützung zu mobilisieren“, schrieb der Minister auf Twitter. Diese Unterstützung beinhalte eine „von den USA gestützte Kreditgarantie in Höhe von bis zu einer Milliarde Dollar“. Mit den neue Krediten soll Kiew seine „Schlüsselreformen“ weiter vorantreiben, damit das ukrainische Volk zu Wohlstand komme.

Dem Außenministerium zufolge haben die USA der Ukraine bereits drei derartige Kreditgarantien gewährt. Mehr als zwei Milliarden US-Dollar stellten die Vereinigten Staaten seit 2014 als „Entwicklungshilfe“ für die Ukraine bereit. Weitere Finanzhilfen und Kredite in Höhe von Dutzenden Milliarden US-Dollar erhielt die Ukraine seit 2014 nach offiziellen Angaben von den G7-Staaten zusammen mit internationalen Finanzinstituten und dem Internationalen Währungsfonds. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte der ukrainischen Regierung Finanzhilfen zu: Bei seinem Besuch in Kiew am gestrigen Montag sprach der Bundeskanzler über mögliche Kredite in Höhe von insgesamt 300 Millionen Euro.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e6/01/07/4928582_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_2f147f6f688de00efa4285bc61c944d8.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 14. Februar 3:00 Uhr bis 15. Februar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK vier Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung der Ortschaften **Sajzewo, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Alexandrowka, Kominternowo.**

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 18.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 4 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: US-Sanktionen getrotzt: Chinas größter Chiphersteller steigert Gewinn

Pekings Versuch, sich im Bereich der Halbleiter weiter unabhängig zu machen, scheint Früchte zu tragen. Das zeigen stark steigende Umsätze seines größten Chipherstellers. Auf technischem Niveau hinkt das Unternehmen seinen größten Konkurrenten jedoch hinterher. Chinas größter Chiphersteller, die Semiconductor Manufacturing International Corporation (SMIC), meldete für das vergangene Jahr einen Rekordumsatz und einen Gewinnsprung inmitten eines weltweiten Chipmangels und einer starken Nachfrage.

Laut dem am Donnerstag veröffentlichten Jahresfinanzbericht stieg der Umsatz im Kalenderjahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 39 Prozent auf den Rekordwert von 5,4 Milliarden US-Dollar.

Der Betriebsgewinn für das Jahr belief sich auf 1,4 Milliarden US-Dollar, was etwa einer Vervierfachung gegenüber 2020 entspricht.

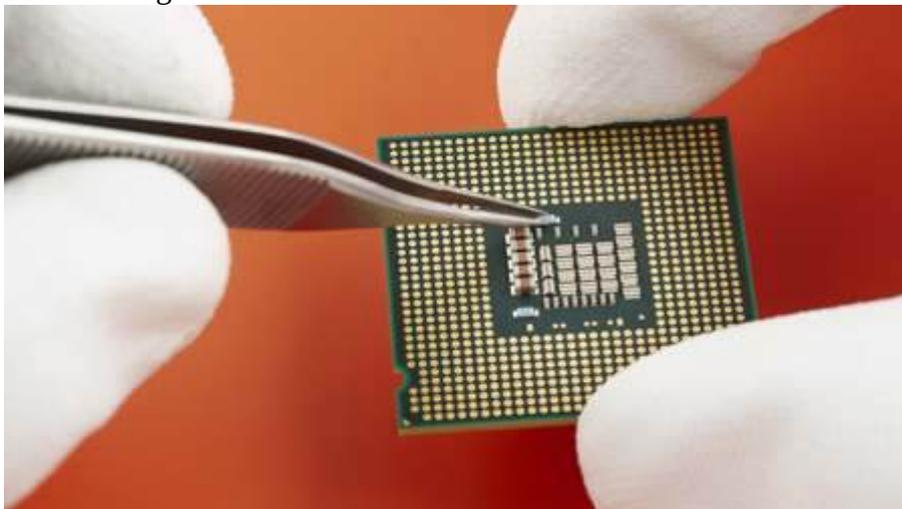
Dieses Rekordergebnis wurde erzielt, obwohl SMIC von US-Sanktionen betroffen war, die nach Angaben des Unternehmens erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung seiner Spitzentechnologien haben. In einer Erklärung gab der Chiphersteller bekannt:

"Die weltweite Knappheit an Chips und die starke Nachfrage nach lokaler und einheimischer Fertigung boten dem Unternehmen eine seltene Gelegenheit, während die Einschränkungen der 'Entity List' viele Hindernisse für die Entwicklung des Unternehmens darstellten."

SMIC ist ein Konkurrent von TSMC (Taiwan) und Samsung (Südkorea), aber die Technologie des chinesischen Unternehmens hinkt mehrere Generationen hinterher.

Die beiden größten Volkswirtschaften der Welt USA und China liefern sich einen Wettlauf um die Vorherrschaft in Schlüsseltechnologien, darunter auch bei Halbleitern. China liegt in der Chipentwicklung deutlich hinter den Vereinigten Staaten zurück und SMIC will sich von ausländischer Technologie lösen.

Regierungen auf der ganzen Welt bemühen sich, eine einheimische Chipproduktion zu fördern, nachdem ein globaler Komponentenmangel die Automobil- und Elektronikindustrie beeinträchtigt hat.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620a103fb480cc2b39234067.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 15. Februar um 9:00 Uhr 26.286 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

3261 Personen sind derzeit erkrankt, 19.793 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3232 Todesfälle.

snews.de: **Kanada legt bei Waffenhilfe für Kiew mehrere Millionen drauf**

Die kanadische Regierung will laut Premierminister Justin Trudeau die Ukraine mit weiteren Waffenlieferungen unterstützen. So sollen Waffensysteme im Gesamtwert von umgerechnet 6,1 Millionen US-Dollar bereitgestellt werden, nachdem Kanada erst Anfang Februar angeblich nicht-tödliche Waffen an Kiew ausgeliefert hat.

Kanada werde Waffen in die Ukraine schicken, sagte Premierminister Trudeau am gestrigen Montag vor Journalisten, wie mehrere kanadische Zeitungen berichten: „Ich habe die Bereitstellung von Waffen im Wert von 7,8 Millionen Dollar genehmigt.“ Die Lieferung entspricht also umgerechnet 6,1 Millionen US-Dollar. Die Entscheidung erfolge als Reaktion auf eine Anfrage der Regierung in Kiew, die entschlossen sei, sich jeder weiteren „russischen Aggression“ entgegenzustellen. Bereits Anfang Februar schickte Kanada ein Transportflugzeug mit angeblich nicht-tödlichen Waffensystemen in die Ukraine.

Neben den Waffen erhalte Kiew von Ottawa auch einen Kredit in Höhe von 500 Millionen kanadischer Dollar (gut 392 Millionen US-Dollar bzw. 345 Millionen Euro). Diese Gelder seien Teil einer „kollektiven Maßnahme der G7 zur Unterstützung der wirtschaftlichen Standfestigkeit der Ukraine“. Damit stockt Kanada seine Kredite an die ukrainische Führung deutlich auf. Erst im Januar hat die kanadische Regierung ein Darlehen in Höhe von 120 Millionen kanadischer Dollar (94 Millionen US-Dollar bzw. 82 Millionen Euro) bereitgestellt.

Kanadische Militärberater verlassen Ukraine

Außer mit Ausrüstung unterstützt Kanada das ukrainische Militär mit einer Ausbildungsmission. Bis vor Kurzem noch waren kanadische Militärberater im Land. Ende Januar hieß es, sie würden die Ukrainer bis 2025 ausbilden. Nachdem aber das kanadische Außenministerium alle Kanadier aufgerufen hatte, die Ukraine zu verlassen, zog Kanada seine Ausbilder am vergangenen Wochenende ab und verlegte sie in benachbarte EU-Staaten. Dies sei angesichts des derzeit „schwierigen Einsatzumfeldes“ erforderlich.

Denn der Westen beschuldigt die russische Regierung, die Lage an der ukrainischen Grenze zu eskalieren. Nach Angaben des russischen Außenministeriums gehen die Spannungen in Bezug auf die Ukraine aber nicht von Russland aus. Vielmehr nutzt der Westen die angespannte Lage als Vorwand für die Verstärkung seiner Truppen an den russischen Grenzen und als Rechtfertigung dafür, dass Kiew die Minsker Vereinbarungen hintertreibt. Die westlichen Aggressionsvorwürfe und die daraus folgende Erklärung, die Ukraine militärisch aufrüsten zu wollen, seien ebenso lachhaft wie gefährlich. Aus dem Kreml verlautete, die Nato und die Vereinigten Staaten würden ihre Erklärungen zur Ukraine in Lügen und Fake News einbetten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/0f/5362573_0:42:800:492_1920x0_80_0_0_0814ac8d6f07be78e92722c9d893f816.jpg

Mzdnr.ru: Am 14. Februar wurden in der DVR 5836 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 2518 positiv, bei 26 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 155 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 51 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 92 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 1207 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 512 mit Sauerstoffunterstützung (+24 in den letzten 24 Stunden).

Am 15. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 143.474 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

21.981 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 111.887 als gesund entlassen, es gibt 9606 Todesfälle.

de.rt.com: **Ukraine erklärt angebliches "Invasionsdatum" Russlands zum Tag der**

nationalen Einheit

Wie von westlichen Medien propagiert, soll am Mittwoch die angeblich geplante Invasion Russlands in die Ukraine beginnen. Nun hat Kiew dieses Datum zum Tag der nationalen Einheit erklärt. Landesweit sollen Flaggen ausgehängt und die Nationalhymne gespielt werden.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat den 16. Februar, den Tag, an dem Russland laut US-Präsident Joe Biden in die Ukraine "einmarschieren könnte", zum Tag der nationalen Einheit erklärt. In einem am Montag unterzeichneten Erlass ordnete Selenskij das Abspielen der Nationalhymne und das Zeigen von Flaggen und Fahnenbändern im ganzen Land an. Am Montagabend erklärte der Präsident der Ukraine in einer Ansprache an die Bevölkerung des Landes:

"Es heißt, dass der 16. Februar der Tag des Angriffs sein wird. Wir werden diesen Tag zu einem Tag der Einheit machen."

"An diesem Tag werden wir unsere Nationalflaggen hissen, blau-gelbe Bänder umhängen und der ganzen Welt unsere Einheit zeigen."

Selenskij's Äußerungen über das Datum der "Invasion", die von einigen US-Medien für bare Münze genommen wurden, lösten Berichten zufolge einen Ausverkauf am US-Aktienmarkt und einen Ansturm auf Gold und Rohöl aus, woraufhin das Büro des Präsidenten klarstellte, dass er dies "mit Ironie" gesagt habe.

Zum Zeitpunkt der Rede hatte Selenskij bereits den Präsidialerlass 53/2022 über "dringende Maßnahmen zur Konsolidierung der ukrainischen Gesellschaft und zur Stärkung ihrer Widerstandsfähigkeit angesichts der wachsenden hybriden Bedrohungen" unterzeichnet.

In dem Erlass erklärte er den 16. Februar 2022 zum Tag der Einheit der Ukrainer und ordnete an, dass in allen Häusern und Gebäuden die ukrainische Flagge gehisst und um 10 Uhr morgens die Nationalhymne gespielt wird. Er forderte die Bürger auf, auch ein Band in den Farben der Landesflagge zu tragen.

Selenskij versprach, dass Kiew sowohl die Krim als auch den Donbass letztendlich in die Ukraine "zurückführen" werde, allerdings ausschließlich auf diplomatischem Wege und durch Verhandlungen. Im Jahr 2014 stimmte die Krim für die Rückkehr zu Russland, nachdem ein vom Westen unterstützter Putsch in Kiew die demokratisch gewählte Regierung der Ukraine gestürzt hatte. Die Regionen Donezk und Lugansk im Osten des Landes erklärten ebenfalls ihre Unabhängigkeit und schlugen Versuche der Ukraine zurück, sie mit Gewalt zurückzuerobern.

Neben den symbolischen Bekundungen der nationalen Einheit kündigte Selenskij in seinem Dekret auch die Einrichtung einer staatlichen Informationsplattform UArazom, das so viel wie "Ukraine zusammen" heißen soll, an. Diese soll "die Öffentlichkeit täglich über die tatsächliche Sicherheitslage, die Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungskapazitäten des Staates sowie die Organisation einer angemessenen Aufklärungsarbeit zur öffentlichen Sicherheit informieren".

Außerdem kündigte Selenskij am Montag an, dass die Gehälter der Militärangehörigen im März um 30 Prozent angehoben werden sollen. Der Grenzschutz und die Nationalgarde sollen 20 Prozent mehr Gehalt erhalten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620b4161b480cc24ff4b5023.jpg>

Armiyadnr.su: **Bericht des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**
In den letzten 24 Stunden wurden **vier Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 54. Brigade von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus **Alexandrowka** mit Unterlaufgranatwerfern und Schusswaffen beschossen sowie auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** bei Donezk das Feuer mit Antipanzergranatwerfern und Unterlaufgranatwerfern eröffnet.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 95. Brigade **Sajzewo (jushnoje)** mit Mörsern des Kalibers 82mm beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Panzergrenadierbrigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Kominternowo** mit einem Unterlaufgranatwerfer beschossen. Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen ein Schützenpanzer, ein Schützenpanzerwagen und zehn gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade in einem Wohngebiet in Stepnoje stationiert sind sowie sechs gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge in einem Wohngebiet von Sladkoje. Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade wurden zwei Schützenpanzer und ein gepanzertes Reparatur- und Bergungsfahrzeug in einem Wohngebiet von Lesnoje entdeckt.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Arbeit der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von verbotenen Waffen der 95., 56. und 25. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebiet von Nowoandrejewka, Roganskoje, Swetlodarsk und Lastotschkino zu blockieren.

de.rt.com: **Moskau: Truppen im Süden und Westen Russlands kehren nach massiven Übungen in ihre Kasernen zurück**

Russlands südliche und westliche Militärbezirke haben nach abgeschlossenen Übungen mit der Rückkehr der Truppen an ihre üblichen Stützpunkte begonnen. Das teilte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow Reportern mit.

Die russischen Streitkräfte werden nach Abschluss der Übungen zu ihren ständigen Einsatzorten zurückkehren. Einheiten des südlichen und des westlichen Militärbezirks haben bereits mit der Verladung auf Transporte begonnen und werden am Dienstag ausrücken.

Generalmajor Igor Konaschenkow, der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, sagte in einer am Dienstag veröffentlichten Erklärung:

"Nach Abschluss der Gefechtsübungen werden die Truppen wie immer gemeinsam zu ihren

ständigen Einsatzorten marschieren. Teilstreitkräfte der südlichen und westlichen Militärbezirke, die ihre Aufgaben erfüllt haben, haben bereits mit der Verladung auf Eisenbahn- und Straßentransporter begonnen und werden heute in ihre Militärgarnisonen verlegt."

Er fügte hinzu, dass einige Einheiten allein als Teil von Militärkolonnen marschieren werden. Konaschenkow wies darauf hin, dass die Verteidigungsattachés der ausländischen Botschaften in Weißrussland die letzte Phase der russisch-weißrussischen Manöver mit dem Codenamen "Entschlossenheit der Union" auf dem Truppenübungsplatz Obus-Lesnewski beobachten werden.

"Militärische Verteidigungsattachés ausländischer Botschaften in der Republik Weißrussland und Vertreter der Medien wurden eingeladen, die praktischen Übungen als Beobachter zu verfolgen."

Nach Angaben von Konaschenkow werden am 19. Februar auf dem erwähnten Truppenübungsplatz im Rahmen der Übung Schießübungen stattfinden. Während dieser Veranstaltung wird eine Brigade der Marineinfanterie zusammen mit Formationen und Militäreinheiten der weißrussischen Streitkräfte mit Unterstützung der operativen und taktischen Luftfahrt sowie der Heeresluftfahrt die Aufgaben der Landesverteidigung und Manöver in allen Richtungen üben.

Der offizielle Vertreter des Verteidigungsministeriums wies darauf hin, dass die russischen Streitkräfte eine Reihe groß angelegter operativer Ausbildungsmaßnahmen für die Streitkräfte fortsetzen, an denen praktisch alle Militärbezirke, Flotten und die Luftlandetruppen beteiligt sind.

"Entschlossenheit der Union 2022" ist eine gemeinsame russisch-weißrussische Militärübung. Sie findet auf dem Territorium Weißrusslands zur Überprüfung der militärischen Reaktionskräfte des Unionsstaates statt. Die Truppen des russischen Militärbezirks Ost und die Luftlandetruppen der russischen Streitkräfte, die an dieser Übung teilnehmen, üben in Zusammenarbeit mit den weißrussischen Streitkräften die Abwehr eines Angriffs auf den Unionsstaat im Rahmen einer Verteidigungsoperation.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620b6e0ab480cc7496617357.jpg>

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR
Die Aufklärung des Volksmiliz stellt weiter die **Vorbereitung der Ukraine auf die Entfaltung einer Aggression** im Donbass fest.

Nach Angaben unserer geheimdienstlichen Aufklärung ist im ukrainischen Budget eine kritische Situation aufgrund eines Mangels an Finanzen im Zusammenhang mit den großen Ausgaben für die Vorbereitung der ukrainischen Armee auf eine Aggression, die Bildung der sogenannten Kräfte der Territorialverteidigung sowie die Verlegung und zusätzliche

Ausrüstung der Verbände und Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der sogenannten Operation der Vereinigten Kräfte entstanden.

Im Zusammenhang damit hat die **Zentralbank der Ukraine** die Führungen der Oschtschad-Bank und der Privat-Bank **angewiesen, die Ausgabe von Bargeld an die Bevölkerung zu beschränken**. Außerdem wurden die Führung von öffentlich finanzierten Organisationen und Industriebetrieben der Ukraine über mögliche Verzögerungen bei der Überweisung von Mitteln für Lohnzahlungen informiert.

Außerdem sind bei den regionalen Abteilungen des staatlichen Steuerdienstes der Ukraine Anweisungen über die Durchführung von buchhalterischen Kontrollen bezüglich der Zahlung der Militärsteuern durch mittlere und große Unternehmen der Regionen eingegangen.

Derzeit behandelt die Führung der Ukraine die Frage einer Vergrößerung der Kennziffern für diese monatlichen Militärabgaben von drei Prozent auf zehn Prozent.

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt und hat eine Tendenz zu weiteren Verschärfung.

Im 1129. Abwehrraketenregiment (ständiger Stationierungspunkt in Belaja Zerkowj) wurde eine spezielle mobile Luftabwehreinheit mit mobilen Abwehrraketenkomplexen „Stinger“ auf „Humvee“-Fahrzeugen gebildet, die Aufgaben in der OOS-Zone ausführen wird. Um diese personell auszustatten fand eine beschleunigte Ausbildung von 28 ukrainischen Soldaten unter Leitung kanadischer Militärinstrukteure statt.

Wir meinen, dass gerade die Tatsache der Bildung solcher Luftabwehreinheiten durch die ukrainische Armee, die mit gering ausgebildeten Soldaten besetzt sind, eine der Ursachen für das Flugverbot für Flugzeuge ausländischer Fluggesellschaften über der Ukraine ist.

In die Truppenteile der ukrainischen Armee, die sich **in der Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte** der ukrainischen Streitkräfte befinden, **geht die Lieferung von Artilleriewaffen weiter**. So sind in den Einheiten der 36.

Marineinfanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte 120mm-Mörsern „Molot“ aus ukrainischer Produktion eingetroffen, deren Einsatz 2019 wegen Konstruktionsmängeln gestoppt wurde;

in den Feldartillerielagern in den Gebieten von Perwomajskoje und Topolinoje ist eine Partie von 60mm-Mörsern vom NATO-Typ und eine große Menge von Geschossen für diese eingetroffen;

in den Gebieten von Newelskoje und Galizynowka sind Artillerieaufklärungsradarstationen AN/TPQ-48 aus US-Produktion eingetroffen;

Außerdem hat das Kommando der 56. Panzergrenadierbrigade **Feuerziele auf dem Territorium unserer Republik für Artillerieschläge festgelegt**. In der Liste der Objekte, die vernichtet werden sollen, sind eine Reihe in Betrieb befindlicher Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen in Donezk.

Wir meinen, dass die Ukraine die Absicht hat, vor dem Beginn eines Angriffs einen Artillerieschlag auf soziale Objekte der Donezker Volksrepublik zu verüben, um uns zu erwidern Handlungen zu zwingen und im Weiteren des Bruchs des Regimes der Feuereinstellung zu beschuldigen.

Die Aufklärung der Volksmiliz der DVR hat Informationen über eine **verdeckte Mobilisierung in der Ukraine** erhalten.

So werden in den nächsten Tagen im Verantwortungsbereich der 30. mechanisierten Brigade im Gebiet von Nowoluganskoje und Swetlodarskoje zwei Kompanien der Territorialverteidigung eintreffen, die aus Bürgern der Ukraine bestehen, die eine kurzzeitige militärische Ausbildung durchlaufen haben. Sie alle haben diese Soldaten gesehen, die mit hölzernen Maschinenpistolen herumlaufen.

Dieses Personal wird durch Betrug in die OOS-Zone verlegt, unter der Legende, zu Übungen auf einen Übungsplatz der ukrainischen Streitkräfte geschickt zu werden.

Wir verfügen über Informationen, dass es in den Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte

eine große Zahl Deserteure und Personen gibt, die sich dem Militärdienst entziehen. Außerdem ist uns bekannt, dass unter den einfachen Einwohnern der Ukraine die Zahl derjenigen wächst, die nicht an einer Aggression gegen die Donezker und Lugansker Volksrepublik teilnehmen wollen.

Wir wenden uns an alle ukrainischen Bürger und Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die mit der Politik des derzeitigen nazistischen Regimes in Kiew nicht einverstanden sind, und rufen sie auf, die Beteiligung an einer blutigen Angriffsoperationen gegen das freie Volk des Donbass zu verweigern.

Die Volksmiliz wird weiter alle Veränderungen der Lage an unseren Grenzen verfolgen und Sie über alle wichtigsten Veränderungen informieren.

snanews.de: **Russisches Unterhaus billigt Anordnungsentwurf zur Anerkennung von Donezk und Lugansk**

Die Staatsduma (Unterhaus des russischen Parlaments) hat in der heutigen Plenarsitzung für einen Anordnungsentwurf zur Anerkennung der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk gestimmt.

Das Dokument soll dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem russischen Außenministerium vorgelegt werden.

Zuvor hatte sich die Fraktion der Kommunistischen Partei Russlands in der Staatsduma an Wladimir Putin mit dem Antrag gewandt, die Anerkennung der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten zu erwägen. Dies würde es ermöglichen, Verhandlungen mit Spitzenvertretern der Republiken zu führen, um eine gesetzliche Grundlage für zwischenstaatliche Beziehungen zu schaffen und alle Aspekte der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfeleistung zu regeln.

Am Montag haben Abgeordnete der Partei „Einheitliches Russland“ der Staatsduma eine weitere Resolution vorgelegt, die den Anerkennungsprozess beschleunigen soll. Das Verfahren sehe eine Reihe von Instanzen vor, darunter die Präsidialverwaltung, dann das Außenministerium, dann wieder die Präsidialverwaltung und danach schließlich der Präsident.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/01/13/583210_0:160:3072:1389_1920x0_80_0_0_0a3995845fdea1cacd03bd4d2e815bc4.jpg

nachmittags:

snanews.de: **Russland wird nicht in die Ukraine einmarschieren, falls es nicht provoziert wird – Botschafter**

Russlands Ständiger Vertreter bei der EU, Wladimir Tschischow, hat in einem Interview mit der Zeitung „The Guardian“ vor Provokationen seitens der Ukraine gewarnt, die das Leben russischer Bürger gefährden könnten.

„Wir werden nicht in die Ukraine einmarschieren, falls wir nicht dazu provoziert werden“,

sagte er.

„Wenn die Ukrainer einen Angriff gegen Russland starten, sollten Sie sich nicht wundern, wenn wir einen Gegenangriff unternehmen. Oder wenn sie anfangen, unverhohlen russische Bürger zu töten, egal wo – im Donbass oder wo auch immer“, fügte er hinzu.

„Ich meine unter ‚Provokation‘, dass sie einen Zwischenfall gegen die selbsterklärten Donbass-Republiken inszenieren könnten, um sie zu provozieren und sie dann mit aller Macht zu treffen, was Russland zu einer Reaktion veranlassen würde, mit dem Ziel, eine humanitäre Katastrophe an seinen Grenzen zu vermeiden“, so Tschischow weiter.

Zudem wies Tschischow die Befürchtungen des Westens über einen angeblich drohenden Konflikt zurück. Die Stärke der russischen Truppen an der ukrainischen Grenze entspreche lediglich der Zahl der Soldaten, die bei der groß angelegten Militärübung „Zapad 2021“ im vergangenen September eingesetzt worden seien, betonte er. „Und niemand hat [damals] ein Wort gesagt“.

Die westlichen Länder haben Russland in letzter Zeit wiederholt vorgeworfen, angeblich „aggressive Handlungen“ an der Grenze zur Ukraine zu unternehmen und eine Invasion in das Nachbarland vorzubereiten. Russland weist diese Vorwürfe zurück und betont, dass es seine Truppen auf eigenem Territorium nach Belieben verlegen dürfe. Moskau verwies wiederholt darauf, dass die Vorwürfe der angeblichen „russischen Aggression“ dazu benutzt würden, Nato-Truppen und -Ausrüstung in der Nähe der russischen Grenzen auszubauen. Die Eskalation in der Ukraine sei vor allem auf das Vorgehen der USA und der Nato zurückzuführen, die ihre Militärausbilder, Waffen und Ausrüstung in das osteuropäische Land schickten, die Zahl der Militärübungen erhöhten und Kiew somit zu militärischen Abenteuern veranlassen würden, hieß es.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1c/5169321_0:9:3168:1791_1920x0_80_0_0_c5c660f83ca6cf755549d0808e720029.jpg

wpered.su: Dank an die KPRF und die Abgeordneten aller Fraktionen, die die Entscheidung zur Anerkennung der DVR und der LVR unterstützt haben – Boris Litwinow

Der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow kommentierte gegenüber einem Korrespondenten von „Wperjod“ die Ergebnisse der Abstimmung in der Staatsduma der RF über die Notwendigkeit der Anerkennung der DVR und der LVR.

„Gerade eben fand die Abstimmung zur Frage der Anerkennung der DVR und der LVR statt. Nach ernsthaften und ausreichend begründeten Beiträgen wurde eine Entscheidung getroffen: für den Entwurf der KPRF – 351 Stimmen, dagegen 16, Enthaltungen 1. Für den Entwurf von „Einiges Russland“ – 310, dagegen 0, Enthaltungen 0.“

Der Vorsitzende der Staatsduma Wolodin erklärte, dass er die Entscheidung unverzüglich unterzeichnet und sofort an den Präsidenten für eine abschließende Entscheidung weiterleitet.

Damit entwickelt sich unserer gemeinsamer Kampf derzeit positiv. Die KPRF hat ihren Teil des Wahlprogramms umgesetzt. Aber weiter liegt die Angelegenheit bei Putin. Dank an die KPRF und die Abgeordneten aller Fraktionen, die die Entscheidung, auf die acht Jahre gewartet wurde, unterstützt haben. Aber das ist noch nicht der Sieg. Das ist erst der zweite Schritt (nach unserem Referendum und acht Jahren Krieg) auf dem Weg zur Vereinigung in einer erneuerten Union von Brudervölkern. Vor uns liegt ein langer und schwerer Weg. Aber die ersten Schritte sind sehr wichtig. Es muss vorwärts gegangen werden!“, unterstrich Boris Litwinow.

sna-news.de: **US-Regierung ruft Bürger zur Ausreise aus Belarus auf**

Angesichts der zunehmenden Spannungen in der Ukraine-Krise hat das US-Außenministerium die amerikanischen Bürgerinnen und Bürger in Belarus dazu aufgefordert, „unverzüglich“ das Land zu verlassen. Das geht aus den Reisehinweisen von Montagabend (Ortszeit) hervor.

Die Situation ist demnach „aufgrund einer Zunahme ungewöhnlicher und besorgniserregender russischer Militäraktivitäten entlang der Grenze von Belarus zur Ukraine“ unvorhersehbar. Als weitere Ausreisegründe werden unter anderem „eine willkürliche Durchsetzung von Gesetzen“ in Belarus, „eine Gefahr der Inhaftierung“, Covid-19 und „die damit verbundenen Einreisebeschränkungen“ genannt.

„US-Bürger, die sich in Belarus aufhalten, sollten unverzüglich auf kommerziellem oder privatem Wege ausreisen“, heißt es in den Reisehinweisen.

Auch für die Republik Moldau, die ebenfalls ein Nachbarland der Ukraine ist, passte das US-Außenministerium seine Reisehinweise an. Die Rede war von „ungewöhnlichen und besorgniserregenden russischen Militäraktivitäten rund um die Ukraine“.

Frühere Ausreise-Hinweise der USA

Zuvor hatte die US-Regierung lediglich dazu geraten, Ausreisepläne für den Notfall regelmäßig neu zu bewerten. In Bezug auf Belarus wurde bereits von Reisen abgeraten – es gilt weiterhin die höchste Gefahrenkategorie 4. Ende Januar hatte das Außenministerium die Ausreise von Familienmitgliedern von US-Regierungsangestellten aus dem nördlichen Nachbarland der Ukraine angewiesen.

An diesem Wochenende haben die USA die amerikanischen Mitarbeiter der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine angesichts eines angeblich drohenden russischen Einmarsches aufgerufen, das Land zu verlassen. Zuvor hatten US-Präsident Joe Biden und das deutsche Auswärtige Amt ihre Mitbürger davor gewarnt, in der Ukraine zu bleiben.

Westliche Staaten werfen Russland seit mehreren Monaten vor, Streitkräfte an der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben und einen Einmarsch zu planen. Moskau hingegen dementiert das. Beobachter halten es auch für möglich, dass der Kreml eine Drohkulisse aufbauen will, um eigene Sicherheitsforderungen durchzusetzen.

Russland verlangt etwa ein Ende der Nato-Osterweiterung und einen Verzicht auf eine mögliche Aufnahme der Ukraine in das westliche Militärbündnis.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/0f/5364595_0:321:3071:2048_1920x0_80_0_0_da6686f0aa09f4412538947158698cfa.jpg

snanews.de: „Hysterie“ um Angriff Russlands auf Ukraine – Lawrow spricht von „Informationsterrorismus“

Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow kehren russische Streitkräfte planmäßig zu ihren ständigen Stationierungsorten zurück – unabhängig von der westlichen „Hysterie“ in Bezug auf einen angeblichen Einmarsch in die Ukraine. Nach seiner Ansicht wird rund um dieses Thema „Informationsterrorismus“ entfacht.

Der russische Außenminister hob am Dienstag beim Treffen mit dem Außenminister Polens und amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Zbigniew Rau, erneut hervor, dass Russland die Militärübungen „auf seinem eigenen Territorium“ und „seinen eigenen Plänen“ entsprechend durchführe.

„Sie beginnen, verlaufen und enden wie geplant. Darüber haben wir schon mehrfach gesprochen“, sagte Lawrow.

Dasselbe gelte auch für die Übungen im Westen des Landes, im Fernen Osten oder für die gemeinsamen russisch-belarussischen Übungen, die ebenfalls streng nach einem vorher vereinbarten Zeitplan entwickelt und durchgeführt würden.

„Und dies geschieht unabhängig davon, wer und was denkt, wer und wie diesbezüglich Hysterie betreibt, wer und wie einen echten Informationsterrorismus entfacht (...)“, betonte der russische Außenminister.

Ferner wies Lawrow Berichte des Westens, wonach Russland die russisch-belarussischen Übungen für einen „Angriff auf Kiew“ aus dem Norden und dessen „Eroberung“ benutze, als „Spekulationen“ zurück. Er erklärte, dass diese „paranoiden Szenarien“ mehrmals in den Medien – „und zwar in den seriösen“ – veröffentlicht worden seien.

„Offenbar haben die Aufregung und die Not, die die Dirigenten und Drehbuchautoren all dieser Aktionen empfanden, auch die Medien dominiert“, sagte Lawrow. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/1c/5158579_0:174:3073:1902_1920x0_80_0_0_15c9a0b3b5fafd7a6b31cee926f5df1f.jpg

Dan-news.info: Erklärung des Oberhauptes der DVR im Zusammenhang mit der Entscheidung der Staatsduma bezüglich einer Anerkennung der DVR und der LVR

Wir begrüßen die Position der Abgeordneten der Staatsduma, dass ein Aufruf an den Präsidenten der RF Wladimir Putin über die Anerkennung der Donezker und Lugansker Volksrepublik als selbständige, souveräne und unabhängige Staaten gerichtet wird. Diese Initiative, die von der Mehrheit der Abgeordneten unterstützt wurde, ist in der bestehenden Situation zeitgemäß, da die Ukraine die Anwesenheit ihrer Streitkräfte und Technik an der Kontaktlinie verstärkt, was abschließend davon zeugt, dass Kiew nicht vorhat, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen und den Konflikt auf friedlichem politischen Weg zu lösen.

Sehr bezeichnend waren die Reden in der Staatsduma vor der Abstimmung. Sie zeigen, wie sehr die Parlamentarier mit den Problemen der Einwohner des Donbass vertraut sind, wie sie mit allem Geschehen in den Republiken mitempfunden, wie sehr sie über die vorhandene Bedrohung von Seiten der Ukraine und des Westens beunruhigt sind.

Wir danken den Abgeordneten der Staatsduma für die Ergebnisse der heutigen Abstimmung. Dabei werden wir uns mit Verständnis und Respekt gegenüber jeglichen Entscheidungen der obersten Führung der Russischen Föderation verhalten.

de.rt.com: Kiew: "Kein Grund zur Annahme, dass in dieser Woche eine Invasion durch Russland erfolgt"

Die ukrainischen Sicherheitskräfte sehen keinen Grund zur Annahme, dass Russland in dieser Woche eine groß angelegte Invasion in sein Nachbarland unternimmt. Dies, obwohl westliche Medien den Beginn einer Offensive für Mittwoch angekündigt haben, so ein Beamter in Kiew.

Am Montag zeigte sich Alexei Danilow, der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, zuversichtlich, dass "die Situation absolut unter Kontrolle ist". In den vergangenen Wochen hatte er wiederholt eine angebliche Kriegsgefahr mit Russland heruntergespielt, obwohl westliche Politiker behaupteten, dass ein Konflikt unmittelbar bevorstehe. Nach einem privaten Treffen mit ukrainischen Abgeordneten erklärte er:

"Zum heutigen Zeitpunkt sehen wir nicht, dass ein groß angelegter Angriff der Russischen Föderation am 16. oder 17. stattfinden kann. Wir sehen das nicht."

Zuvor berichteten westliche Medien mit Verweis auf US-amerikanische Geheimdienstberichte, dass Russland für Mittwoch eine Invasion in die Ukraine plane. Obwohl diese Berichte von Washington nicht öffentlich bestätigt wurden, hat das Weiße Haus

weiterhin darauf bestanden, dass ein Angriff jeden Tag beginnen könne.

Am Montag erklärte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij den 16. Februar zum Tag der Nationalen Einheit und ordnete das Abspielen der Nationalhymne im ganzen Land an. Zuvor wurde Kiew vom Westen darüber informiert, dass der Tag ein mögliches Datum für eine Invasion sei. Zwei Tage davor hatte Selenskij die USA um genauere Informationen über einen möglichen Angriff gebeten. Der ukrainische Staatschef betonte:

"Sollten Sie oder jemand anderes über zusätzliche 100-prozentige Informationen über eine Invasion der Ukraine durch Russland ab dem 16. Februar verfügen, geben Sie uns bitte diese Informationen."

In den vergangenen Monaten wurde Russland beschuldigt, mehr als 100.000 Soldaten an seiner Grenze zur Ukraine stationiert zu haben, was von einigen als Zeichen einer bevorstehenden Invasion gewertet wurde. Letzte Woche kündigten die USA an, dass sie mit der Evakuierung ihrer Botschaft in Kiew beginnen würden und forderten ihre Bürger auf, das Land zu verlassen.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.02/article/620ba076b480cc4c10714a2d.jpg>

Lug-info.com: Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik

Während die Ukraine mit täglichem Beschuss und dem Unwillen, über eine friedliche Regelung des Konflikts zu verhandeln, die Kluft zum Donbass nur vertieft, hat uns Russland mit seiner ständigen Unterstützung überleben geholfen. Wir sind der Russischen Föderation außerordentlich dankbar für die geleistete Hilfe unter Bedingungen einer vollständigen Wirtschaftsblockade, die auf unsere Vernichtung zielt.

Die Handlungen Kiews in all diesen Jahren haben immer wieder gezeigt, dass die Ukraine nicht vorhat, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen und den Krieg zu beenden. Davon zeugt klar die Verstärkung von Streitkräften und Technik an der Kontaktlinie durch den Gegner, die in der letzten Zeit auf Eingabe des Westens neue, stärkere Züge angenommen hat. Die heutige Abstimmung der Abgeordneten der Staatsduma der RF für einen Aufruf an den Präsidenten Russlands Wladimir Putin über die Notwendigkeit der Anerkennung der Lugansker und Donezker Volksrepublik als unabhängige Staaten zeigte, wie sehr das Brudervolk über die bestehende Gefahr von Seiten Kiews und des Westens beunruhigt ist. Umso mehr als der Entwurf eines Aufrufs der Duma an den Präsidenten die Mehrheit der Stimmen der russischen Parlamentarier erhalten hat.

Unter dem sprachlichen kulturellen und historischen Aspekt war und bleibt der Donbass immer Teil der Russischen Welt. Wir sind zweifellos auf eine weitere Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Integration mit Russland ausgerichtet.

Die Einwohner der LVR begrüßen die Position der Abgeordneten der Staatsduma. Dabei werden wir uns mit Verständnis und Respekt gegenüber jeglicher Entscheidung der obersten Führung der RF verhalten.

de.rt.com: **Lawrow kündigt Veröffentlichung von Russlands Antwort auf NATO-Reaktion an: "Keine Hemmungen"**

Sergei Lawrow hat eine baldige Veröffentlichung der Antworten auf die NATO-Reaktion zu den von Moskau geforderten Sicherheitsgarantien angekündigt. Auf einer Pressekonferenz am 15. Februar erklärte der Außenminister, dass Russland diesbezüglich keine Hemmungen habe. Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat sich am 15. Februar in Moskau mit seinem polnischen Amtskollegen und turnusmäßigen OSZE-Vorsitzenden Zbigniew Rau getroffen. Verhandelt wurde unter anderem über die Beilegung des Donbass-Konfliktes und die Erfüllung der Minsker Abkommen durch die Ukraine. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz äußerte sich Lawrow über die russische Antwort auf die Reaktion der USA und der NATO auf die von Russland unterbreiteten Sicherheitsforderungen einschließlich der Nichterweiterung der NATO nach Osten.

RT-Korrespondent Murad Gasdijew fragte den russischen Außenminister, wann Russland seine Antwort auf die Vorschläge des Westens veröffentlichen werde. Lawrow kündigte eine baldige Publikation des Dokuments an. Momentan müssten gewisse protokollarische und technische Belange eingehalten werden.

"Natürlich werden wir dieses Dokument veröffentlichen. Wir haben diesbezüglich keine Hemmungen."

Am Montag hatte der Außenminister bei einem Treffen mit Präsident Wladimir Putin erklärt, dass die Reaktion Moskaus auf die Antwort der USA und der NATO in Bezug auf die Sicherheitsvorschläge bereits ausformuliert sei und zehn Seiten umfasse.

Mitte Dezember hatte Moskau seine Sicherheitsvorschläge an Washington und die NATO übermittelt. Die Hauptforderung Russlands war, dass sich die NATO nicht mehr nach Osten erweitern sollte. Dabei beharrte Russland auf einer schriftlichen Punkt-für-Punkt-Stellungnahme. Am 26. Januar sagte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, die NATO lehne alle Forderungen zur Nichterweiterung ab. Er betonte, dass insbesondere ein Kompromiss in Bezug auf den Beitritt der Ukraine ausgeschlossen sei. Später erklärte Putin, die USA und die NATO hätten die prinzipiellen Sorgen Moskaus in ihren Antworten auf die Vorschläge des Kreml zu Sicherheitsgarantien ignoriert. Anfang Februar veröffentlichte die spanische Zeitung El País geleakte Dokumente, laut denen die USA und die NATO die wichtigsten Forderungen Russlands nach einer Nichterweiterung des Militärblocks nach Osten und breiter zu fassenden europäischen Sicherheitsgarantien ablehnten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620b9f88b480cc3be341d98a.jpg>

snews.de: **Russland verlegt Überschallbomber und Kampjets mit Hyperschallwaffen nach Syrien**

Die russischen Luft- und Weltraumstreitkräfte haben Bomber Tu-22M3 und Kampjets MiG-

31K auf den Luftwaffenstützpunkt Hmeimim an der syrischen Mittelmeerküste verlegt. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums sollen die Maschinen an einem großangelegten Marinemanöver teilnehmen.

Bei der Verlegung nach Hmeimim hätten die Maschinen mehr als 1.500 Kilometer zurückgelegt, heißt es in einer Mitteilung des russischen Verteidigungsministeriums. Die Überschallbomber Tu-22M3 und die als Träger für die Hyperschallwaffe „Kinschal“ dienenden MiG-31K sollen in die Übung einer „flottenübergreifenden Gruppe der russischen Seestreitkräfte im östlichen Mittelmeer“ eingebunden werden. Bei der Übung sollen die Piloten der Fernfliegerkräfte „Aufgaben gemäß dem Einsatzzweck“ erfüllen. Die genaue Zahl der nach Syrien verlegten Maschinen gab das Ministerium nicht an.

Russland hatte am 20. Januar den Beginn eines großangelegten Marinemanövers unter Einsatz von mehr als 140 Schiffen und 10.000 Militärs bekannt gegeben. Das Manöver erstrecke sich hauptsächlich auf Gewässer, die an Russland angrenzten, aber auch auf „einsatzkritische Gebiete der Weltmeere“. Teilübungen des Großmanövers würden im Mittel-, Nord- und Ochotskischen Meer ebenso wie im Nordostatlantik und im Pazifik abgehalten. Die Nato ist im östlichen Mittelmeer mit mehreren Flugzeugträgern präsent und beobachtet das russische Manöver.

Währenddessen wird der syrische Außenminister Faisal al-Miqdad zu Besuch in Russland erwartet. Wie die syrische Botschaft in Moskau mitteilte, steht das genaue Datum der Reise noch nicht fest: „Ende dieser, Anfang nächster Woche, voraussichtlich am Sonntag“, hieß es.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/05/0c/2064552_0:0:1218:685_1920x0_80_0_0_622ef2f26fba64832f6464c2987658f3.jpg

Mil-Inr.info: Außerplanmäßige Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Leutnant AA. Mikushis

Wie wir vorher erklärten, hat der Gegner sich auf die Durchführung provokativer Handlungen an der Kontaktlinie konzentriert. Dazu wurden Scharfschützengruppen von Aufklärungsabteilungen und von Spezialoperationskräften an die Frontpositionen geschickt. Unterstrichen werden müssen der Zynismus und die Prinzipienlosigkeit der ukrainischen bewaffneten Formationen, die selbst während der Olympischen Spiele das Regime der Feueinstellung verletzen, was zu neuen Opfern führt.

Heute haben die Kiewer Kämpfer von den Positionen der 57. Brigade im Gebiet von Orechowo aus zielgerichtet das **Feuer auf unsere Positionen** nicht weit von **Golubowskoje** eröffnet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass infolge der Aggression der ukrainischen Kämpfer **einer unserer Verteidiger in Erfüllung seiner Pflicht zur Verteidigung der Republik starb**. Wir sprechen den Verwandten und Freunden des Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Es ist bemerkenswert, dass buchstäblich vor wenigen Tagen in der 57. Brigade ein Wechsel

des Kommandeurs erfolgte. Den Posten der Brigadekommandeurs der ukrainischen Kämpfer der 57. Brigade erhielt Oberst Bakulin, der in den ersten Tagen auf seinem neuen Posten beschloss, dem Kiewer Regime seine Ergebenheit zu zeigen.

Um die Zivilbevölkerung zu schützen und um neue Verluste in den Reihen der Volksmiliz zu verhindern, waren unsere Verteidiger gezwungen, das Feuer zu eröffnen. Genaue Informationen über Verluste des Gegners werden ermittelt.

de.rt.com: **Olaf Scholz über RT DE: "Es geht um ein rechtsstaatliches Verfahren"**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat am 15. Februar Moskau besucht, um inmitten der aktuellen Spannungen zwischen Russland und dem Westen mit Präsident Wladimir Putin zu verhandeln. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz ging es nicht nur um die Ukraine, sondern auch um RT DE.

Am 15. Februar ist Bundeskanzler Olaf Scholz nach Russland gereist, um in der Hauptstadt Moskau mit Präsident Wladimir Putin über die aktuellen Spannungen zwischen dem Westen und Russland zu verhandeln. Obwohl die zuvor von Moskau geforderten Sicherheitsgarantien, darunter auch die Nichterweiterung der NATO nach Osten und die Ukraine-Krise das Treffen prägten, kamen außerdem mehrere bilaterale Herausforderungen zur Sprache. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz der Politiker wurde die Situation um den russischen Auslandssender RT in Deutschland und den deutschen Auslandssender Deutsche Welle in Russland angesprochen.

Eine Korrespondentin von RT fragte Putin und Scholz nach dem Sendeverbot für das Medium in Deutschland und der Möglichkeit, dieses Problem konstruktiv und sachlich zu lösen:

"Ist es möglich, zum Beispiel eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzurichten, damit unser Unternehmen in Deutschland und die DW in Russland weiterhin senden dürfen?"

Putin teilte mit, er habe mit Scholz die Situation um die DW in Russland und um RT in Deutschland diskutiert.

"Ich möchte jetzt nicht ins Detail gehen, um die Situation nicht zu komplizieren, aber wir haben uns darauf verständigt, dass wir darüber nachdenken werden, wie sich diese Probleme lösen lassen."

Scholz verwies darauf, dass es in dieser Situation um ein rechtsstaatliches Verfahren gehe. Die Voraussetzungen dafür müssten stimmen.

"Das ist ein rechtsstaatliches Verfahren, in dem Anträge gestellt werden können. Auch solche, die bisher nicht gestellt wurden. Und die werden dann ordnungsgemäß von den zuständigen Behörden bearbeitet."

Dies geschehe nach den bereits existierenden Gesetzen, auf die sich jeder gleichmäßig berufen könne, fügte der Bundeskanzler hinzu.

"Darauf können sich alle verlassen. Aber es gibt ein rechtsstaatliches Verfahren, und da müssen die Voraussetzungen jeweils stimmen."

RT DE hatte Mitte Dezember 2021 sein deutschsprachiges Live-Programm über verschiedene Verbreitungswege gestartet. Die Lizenz für die Kabel- und Satellitenübertragung in europäischen Staaten hatte Serbien ausgestellt. Dies war auf der Grundlage des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen erfolgt.

Die Medienaufsichtsbehörde Berlin-Brandenburg (MABB) untersagte RT DE daraufhin die Ausstrahlung von Sendungen in deutscher Sprache in der Bundesrepublik, weil das Medium angeblich nicht über die erforderliche Lizenz verfüge. Laut einer Erklärung der deutschen Regulierungsbehörde hat der Sender weder eine Genehmigung erhalten noch beantragt und muss daher seine Live-Übertragungen im Internet, über die RT News Mobile App und über Satelliten einstellen. Außerdem bemängelte die MABB die fehlende Staatsferne des Senders, indem man darauf verwies, dass die RT DE Productions GmbH ein Tochterunternehmen von ANO TV-Nowosti sei, das aus dem Haushalt der Russischen Föderation finanziert werde. Daher könne der Sender keine Lizenz in Deutschland bekommen.

Als Gegenmaßnahme ging das russische Außenministerium gegen die DW in Russland vor. Der aus dem Staatshaushalt der Bundesrepublik finanzierte Sender musste sein Büro in Moskau schließen und den in Russland tätigen DW-Journalisten wurde die Akkreditierung entzogen. Viele deutsche Medien und Politiker zeigten sich über die Entscheidung empört und erklärten, die Maßnahmen seien inadäquat und die Fälle RT DE und DW nicht zu vergleichen. RT DE äußerte die Absicht, die MABB-Entscheidung vor Gericht anzufechten. In der offiziellen Erklärung diesbezüglich hieß es, der Sender könne nicht nachvollziehen, "aus welchen Gründen eine angeblich informierte und unabhängige Medienanstalt versuchen würde, sich durch offenbar rein politische Motive leiten zu lassen und eine falsche Version, die ihren Absichten entsprechen würde, für die Realität auszugeben". Das Unternehmen begründet die Klage gegen die MABB damit, dass das deutschsprachige Programm von Moskau aus gesendet wird. Daran sind rund 400 Mitarbeiter beteiligt. Alle Redaktionsentscheidungen werden in Moskau getroffen. Da die RT DE Productions GmbH nur einzelne Inhalte liefert, gibt es keinen Grund, die Sendelizenz in Deutschland zu beantragen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620bbfe048fbef30324385b3.jpg>

snanews.de: **Nato will Pläne zur Stärkung von Präsenz im Osten momentan nicht überprüfen – Stoltenberg**

Laut Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ist es noch zu früh, die Pläne zur Stärkung der militärischen Präsenz an der Ostflanke der Allianz zu überprüfen. Es gibt ihm zufolge kein Anzeichen einer Deeskalation an der Grenze zur Ukraine.

„Es ist im Moment zu früh, darüber zu spekulieren, denn bisher haben wir keine Deeskalation seitens Russlands gesehen“, sagte Stoltenberg am Dienstag auf die Frage, ob das Bündnis bereit sei, die Pläne zur Aufstockung seines Militärs zu überdenken, falls auch Russland seine Position ändere.

Stoltenberg wies darauf hin, dass die Nato-Staaten kürzlich ihre Präsenz an der Ostflanke verstärkt hätten. Er erklärte, dass weitere Maßnahmen von der Situation in der Ukraine abhängen würden.

Moskau habe noch nicht auf den Nato-Vorschlag reagiert, ein neues Treffen im Rahmen des Russland-Nato-Rates abzuhalten, so Stoltenberg weiter.

„Nein, wir haben keine Antwort aus Russland erhalten. Noch nicht. Wir werden uns auf diese Antwort freuen. Wir haben ihnen unsere inhaltlichen Vorschläge im Januar geschickt“.

Er erklärte, dass es um zwei Briefe gehe – von den USA und der Nato.

„Dies ist eine Liste von Themen, die wir bereit sind, mit Russland zu besprechen: Rüstungskontrolle, Raketen, Transparenz militärischer Aktivitäten usw. Wir sind bereit. Wir sind seit langem bereit, und wir werden bereit bleiben, den Weg des Dialogs mit Russland gewissenhaft zu gehen, um eine politische Lösung zu finden“, fügte der Generalsekretär

hinzu.

„Aber was wir seit dem Frühjahr vor Ort beobachten, sind Truppenbewegungen, die keine wirkliche Deeskalation darstellen. Manchmal sehen wir, wie diese Kräfte mit schweren Waffen auf kampfbereite Stellungen vorrücken“, sagte Stoltenberg.

„Wir beobachten diese Entwicklung genau und sehen dennoch Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Das sagen uns die Signale aus Moskau, denn Moskau äußert den Wunsch, sich an den Verhandlungstisch mit der Nato, mit den Nato-Verbündeten zu setzen, zu versuchen, eine politische Lösung auszuhandeln“, betonte Stoltenberg.

Nato und EU warnen Putin vor Anerkennung von Lugansk und Donezk

Die Nato und die EU warnen den russischen Präsidenten Wladimir Putin davor, die beiden selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk anzuerkennen. Ein solches Vorgehen wäre eine Verletzung des Völkerrechts und der territorialen Unversehrtheit und Autorität der Ukraine sowie der Minsker Friedensvereinbarungen, sagte Stoltenberg. Auch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell erklärte: „Diese Anerkennung wäre ein klarer Verstoß gegen die Minsker Vereinbarungen.“

Am Dienstag hatte der russische Außenminister, Sergej Lawrow, bekannt gegeben, dass Russlands Präsident Wladimir Putin eine Antwort an die Vereinigten Staaten und die Nato zu Sicherheitsgarantien allgemein gebilligt habe. Diese Antwort soll bald vorgelegt werden. Laut dem Minister sind die in der russischen Antwort aufgeführten Punkte als praktische Schritte zur Deeskalation wichtig.

Westliche Staaten werfen Russland vor, Streitkräfte an der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben und einen Angriff zu planen. Russland weist dies als „Panikmache“ zurück und fordert seinerseits von den USA und der Nato verbindliche Sicherheitsgarantien.

So sollte das Militärbündnis etwa auf eine Aufnahme der Ukraine verzichten und sich auf seine Positionen von 1997 zurückziehen. Die Nato beruft sich hingegen darauf, dass jedes Land das Recht auf eine freie Bündniswahl habe. Die Antworten der Nato und der USA auf die russischen Forderungen stießen wiederum in Moskau auf Enttäuschung. Russland sieht die Nato als Gefahr für seine Sicherheit.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/09/05/3475388_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_c28760d3f52422100c26bfc0dda833ce.jpg

Dan-news.info: Der Präsident Russlands Wladimir Putin erklärte, dass ihm über den Aufruf der Staatsduma zur Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit der DVR und der LVR berichtet wurde. Dies sagte er auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Bundeskanzler Olaf Scholz.

„Die Mehrheit der Abgeordneten unterstützten die Resolution, die im Grunde von einer Oppositionspartei – der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation - eingebracht

wurde. Ich werde davon ausgehen, dass wir alles zur Lösung der Probleme des Donbass tun müssen, vor allem ausgehend von den nicht bis zu Ende realisierten Möglichkeiten zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen“, erklärte Putin.

Nach seinen Worte unterstützt in Russland die überwiegende Zahl der Bürger die Einwohner des Donbass und die Abgeordneten verspüren genau die öffentliche Meinung.

Er erklärte auch, dass Moskau auf die Hilfe der westlichen Partner bei der Regelung des Konflikts zählt. „Wir zählen sehr darauf, dass unsere Partner sowohl jenseits des Atlantik als auch in Europa, vor allem die BRD und Frankreich, entsprechenden Einfluss auf die heutige Kiewer Regierung ausüben und dass diese Lösung gefunden werden wird“, sagte der Präsident der RF.

Deu.belta.by: **Verteidigungsminister Chrenin enthüllt Details seines Telefonats mit dem ukrainischen Amtskollegen**

Der belarussische Verteidigungsminister Wiktor Chrenin hat heute vor Journalisten über die Einzelheiten seines Telefongesprächs mit dem ukrainischen Verteidigungsminister Alexej Resnikow berichtet.

„Wir haben mit dem ukrainischen Verteidigungsminister ausgemacht, dass wir uns alle Informationen auf Paritätsgrundlage und portionsweise zukommen lassen werden. In der Tat war es die Initiative des ukrainischen Ministers, ein Telefongespräch durchzuführen. Ich war selbstverständlich dafür und habe mit ihm gesprochen. Das Ziel war erstens die Deeskalation der angespannten Lage rund um die gemeinsame Militärübung russischer und belarussischer Streitkräfte und der militärpolitischen Situation in unseren Staaten. Wir haben eine Reihe sensibler Fragen erörtert und die Aussichten für eine Wiederaufnahme der militärischen Zusammenarbeit diskutiert. Wir haben einander gezeigt, dass wir für offen für einen Dialog sind. Außerdem haben wir beschlossen, diesen Dialog fortzusetzen“, sagte Chrenin.

Am 14. Februar fand auf Initiative der ukrainischen Seite ein Telefongespräch zwischen dem belarussischen und ukrainischen Verteidigungsminister statt. Erörtert wurden der aktuelle Stand der militärischen Zusammenarbeit, die vorhandenen wunden Punkte, aber auch konkrete Schritte zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und der Sicherheit in der Region. Belarus werde das ukrainische Volk immer für ein Brudervolk halten, bestätigte Chrenin. Die Spannungen zwischen den Staaten habe nicht Belarus zu verantworten. Der Leiter der ukrainischen Verteidigungsministeriums sprach sich für die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern aus und rief zur Intensivierung der Kooperation in Sicherheitsfragen und zum Aufbau des gegenseitigen Vertrauens auf. Wiktor Chrenin zitierte in diesem Zusammenhang die Aussagen des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko: „Die Hauptaufgabe ist es, dass wir das ukrainische Brudervolk nicht verlieren. Alles kann geregelt werden - Wirtschaft, Handel, Diplomatie. Die geistigen Bande zwischen unseren Völkern dürfen keinen Riss erleiden. Und wir dürfen nicht zulassen, dass die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren Völkern kaputt gehen.“

Die Minister erörterten militärische Ausbildungsmaßnahmen und brachten ihre Zuversicht zum Ausdruck, dass diese Maßnahmen keine Bedrohung für die Sicherheit der befreundeten Länder darstellten. Die Verteidigungsminister vereinbarten konkrete Schritte für Transparenz und vertrauensbildende Maßnahmen.

Ziel des Telefongesprächs war es, den gegenseitigen Dialog wiederherzustellen, die Situation zu deeskalieren und die Sicherheit in der Region zu gewährleisten.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1644936932_59805_big.jpg

de.rt.com: **Hochrangiger Beamter: Russland ist bereit, Raketen auf ausländische Schiffe abzufeuern**

Während die Situation zwischen Russland und der US-geführten NATO weiter brodeln, hat Russland eine scharfe Warnung an alle ausländischen Seestreitkräfte ausgesprochen, deren Schiffe in sein Hoheitsgebiet eindringen sollten.

Russland ist bereit, Schiffe anzugreifen, die die Seegrenze des Landes verletzen und illegal in seine Hoheitsgewässer eindringen, sagte ein hoher russischer Militärbeamter am Montag. Nur zwei Tage, nachdem ein russisches Schiff Berichten zufolge ein US-amerikanisches U-Boot im Pazifik verfolgt hatte, erklärte Stanislav Gadschimagomedow vor dem Föderationsrat, dass die Streitkräfte des Landes den Befehl erhalten könnten, Vergeltung zu üben, falls die Integrität des Territoriums der Nation in Zukunft verletzt werden sollte.

Gadschimagomedow ist der stellvertretende Leiter der Hauptabteilung Operationen des Generalstabs. Der Beamte wies jedoch darauf hin, dass jede Entscheidung zum Schießen auf höchster Ebene getroffen würde, berichtete die russische Publikation Vedomosti am Montag. Die Erklärung erfolgte als Reaktion auf einen Vorfall vom 12. Februar, als das Verteidigungsministerium bekannt gab, dass ein US-amerikanisches Atom-U-Boot von der russischen Pazifikflotte in den Hoheitsgewässern vor den Kurilen-Inseln im Fernen Osten des Landes entdeckt worden war.

Nach Angaben Moskaus wurde das atomgetriebene Angriffs-U-Boot, nachdem es Warnungen und Befehle zum Auftauchen ignoriert hatte, von der Fregatte 'Marschall Schaposchnikow' verjagt, was das russische Militär als "angemessenes Mittel" zur Entfernung eines ausländischen Schiffes bezeichnete. Gadschimagomedow rechtfertigte das Vorgehen der Pazifikflotte und informierte den Föderationsrat:

"Wenn wir es rein flottenmäßig betrachten, sind die Amerikaner uns von der Anzahl der Schiffe her überlegen, und ihre Reaktionsfähigkeit ist viel größer als unsere."

Westliche Staaten wurden im vergangenen Sommer vor dem wiederholten Auftauchen ihrer Schiffe in russischen Gewässern gewarnt, nachdem der britische Zerstörer HMS Defender die Seegrenze des Landes in der Nähe der Krim verletzt hatte.

Nach diesem Vorfall betonte der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow, dass weitere Übergriffe das Risiko eines Konflikts erhöhen würden. Er machte unmissverständlich klar, dass Moskau weitere Verletzungen nicht dulden werde und erklärte, dass man gegen die Täter "sehr direkt und objektiv" vorgehen werde. Der stellvertretende Minister warnte damals:

"Man muss ihnen erklären, warum sie beim nächsten Mal besser von ihren Provokationen ablassen und nicht hierher kommen sollten, denn sie werden einen Schlag auf die Nase

bekommen."

Der russische Präsident Wladimir Putin bezeichnete den Vorfall als eklatante, aggressive Provokation, die mit Beteiligung der Vereinigten Staaten durchgeführt wurde, während Großbritannien darauf bestand, dass sein Schiff die kürzeste und direkteste Route von Odessa in der Ukraine nach Georgien nahm, eine Route, die nur wenige Meilen an der Küste der Halbinsel Krim vorbeiführt.

Im Jahr 2014 wurde die Krim nach einem Referendum wieder an Russland angegliedert. Die große Mehrheit der Welt hält die Abstimmung für unrechtmäßig und betrachtet die Halbinsel als illegal von Moskau besetzt. London sagte, das Boot habe die ukrainischen Gewässer friedlich durchquert.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.02/article/620bc7f0b480cc7206566807.jpg>

abends:

snanews.de: **Ein Hinauszögern der Sicherheitsfragen wird es mit Russland nicht geben – Putin**

Bei dem Gespräch von Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzler Olaf Scholz am heutigen Dienstag in Moskau war die Sicherheit in Europa das zentrale Thema. Putin betonte den Friedenswillen seines Landes und bekräftigte seine Entschlossenheit, Sicherheitsfragen erst nach einem für alle Seiten verlässlichen Ergebnis als gelöst betrachten zu wollen.

Natürlich habe die russische Führung, so Putin, eine ganz bestimmte Sorge: dass nämlich die Verhandlungen über die für Russland wesentlichen Fragen der Sicherheit in Europa von den westlichen Partnern grundlos hinausgezögert würden. „Im Zuge dieser Verhandlungen würden dann Entscheidungen fallen, die die Lage, in der sich Russland befindet, verschlechtern würden – und zwar einschneidend verschlechtern, so wie es auch bisher über viele Jahre geschah“, sagte der russische Präsident vor Journalisten im Anschluss an das Gespräch mit Bundeskanzler Scholz am heutigen Dienstag in Moskau.

Weiter nach Plan: je nach Lage

Dass es ein Hinauszögern bei den Sicherheitsverhandlungen geben könne, habe man in Moskau natürlich einkalkuliert. Und „das ist etwas, was wir nicht zulassen werden“. Die russische Führung arbeite daran, ein mögliches Hinauszögern zu verhindern: „Am Montag erst habe ich mit Außenminister Sergej Lawrow darüber gesprochen. Auch bei den Kollegen aus den Sicherheitskreisen und dem Sicherheitsrat ist dieses Thema immer Gegenstand der Überlegungen.“

Daraus folge auch das weitere Vorgehen Russlands bei der Suche nach Lösungen für die Sicherheit in Europa, erklärte Putin: „Wie Russland weiter vorgehen wird? Nach Plan. Woraus dieser Plan entsteht? Aus der realen Lage vor Ort. Wer kann sagen, wie die Lage sein wird?“

Bisher niemand, das hängt nicht nur von uns ab“.

Möglichkeiten der Gespräche ausschöpfen

Eines steht für den russischen Präsidenten aber fest: Russland will Frieden und keinen Krieg. Deshalb beharre die russische Führung auf Verhandlungen über eine für alle verlässliche Sicherheit in Europa: „Eben deshalb haben wir Vorschläge zu einem Verhandlungsprozess unterbreitet, an dessen Ende eine Vereinbarung über gleiche Sicherheit für alle, auch für unser Land, stehen muss“, so Putin. Nur habe Moskau bisher leider keine sachlich-konstruktive Antwort auf seine Vorschläge erhalten. Einige „diskutable Elemente“ seien in den Antwortschreiben der USA und der Nato zwar enthalten, aber die könnten nur „in Verbindung mit den grundlegenden Fragen“ diskutiert werden, „die für uns von erstrangiger Bedeutung sind“.

Nato-Beitritt auf später zu verschieben ist keine Lösung

Den eventuellen Beitritt der Ukraine zur Nato auf später zu verschieben, löse das Sicherheitsproblem jedenfalls nicht. „Man sagt, in den kommenden Jahren werde die Ukraine nicht in der Nato sein. Dabei muss uns aber klar sein, was Worte in internationalen Beziehungen wert sind. Dass die Nato sich nicht einen Schritt in Richtung der russischen Grenzen ausweiten werde, kriegen wir ja seit 30 Jahren zu hören. Doch inzwischen sehen wir Nato-Einrichtungen direkt vor unserem Haus. Mehr als das: Es wird noch über den Beitritt der Ukraine zur Nato gesprochen. Man sagt, den Beitritt werde es nicht morgen geben. Aber vielleicht übermorgen? Was ändert das für Russland auf historische Sicht. Rein gar nichts.“ In Bezug auf die Ukraine nutze man doch zunächst die Möglichkeiten, die sich aus den Minsker Vereinbarungen ergäben: „Ich werde weiterhin davon ausgehen, dass wir alles für die Lösung der Probleme im Donbass tun müssen. Dies müssen wir vordringlich anhand der Möglichkeiten tun, die sich aus der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ergeben und die bislang nicht ausgeschöpft wurden“, sagte Putin mit Blick auf den jüngsten Vorstoß des russischen Parlaments zur Anerkennung der selbsternannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk. Die russische Führung rechne jedenfalls fest damit, dass ihre „Partner hinter dem Atlantik und in Europa, allen voran Deutschland und Frankreich, ihren Einfluss auf die heutigen Machthaber in Kiew geltend machen und eine Lösung gefunden werden wird.“



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/0f/5372361_0:59:2229:1312_1920x0_80_0_0_3d7b2a16eb430c7f53f78b7e12f05461.jpg